

gegenseitig blockierten. Bei allem Verständnis für schwäbischen Eigensinn: Wo die Fähigkeit zur Gemeinschaft so sehr zugunsten von Gruppeninteressen ins Hintertreffen gerät, wäre es für manchen an der Zeit, über den eigenen Schatten zu springen. ru

## Korrektur

*Das Internationale Jahr der Familie und die kirchlichen Familienleitbilder*

Zu den Dauerbrennern unter den familienpolitischen Fragestellungen in Deutschland gehört seit geraumer Zeit die Lage der Alleinerziehenden. Seine spezifische Brisanz erhält dieses Thema dadurch, daß mit ihm an Leitbildern gerührt wird, die zwar weiterhin Einstellungen prägen, aber immer weniger der Wirklichkeit entsprechen. Zusammen mit den *nichtehelichen Lebensgemeinschaften* sind die Alleinerziehenden ein wichtiger Hinweis darauf, daß das relative Gewicht sogenannter *Normalfamilien* im Abnehmen begriffen ist – was aber nicht heißen muß, daß die soziale Akzeptanz der anderen Formen im gleichen Maße mitwächst. Hier besteht gesamtgesellschaftlich bis heute kein Konsens, erst recht aber in der Kirche nicht.

Vor diesem Hintergrund verdient ein familienpolitischer Kongreß Beachtung, den die *Arbeitsgemeinschaft Interessenvertretung Alleinerziehender* (AGIA) als Beitrag zum Auftakt des *Internationalen Jahrs der Familie 1994* im November in Fulda zur Situation Alleinerziehender in Deutschland veranstaltete. Zur AGIA haben sich eine Reihe katholischer Verbände zusammengeschlossen: die *Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands* (kfd), der *Katholische Frauenbund* (KDFB), der *Sozialdienst katholischer Frauen* (SkF) sowie die *Katholische Arbeitnehmer-Bewegung* (KAB).

Das westdeutsche Leitbild der „Hausfrauenehe mit zwei Kindern“ wurde auf dieser Tagung ebenso problemati-

siert wie die selbstverständliche Erwerbstätigkeit in der ehemaligen DDR. Die alleinerziehende Mutter, die zu DDR-Zeiten voll erwerbstätig war, wurde als „Vereinigungsverliererin schlechthin“ bezeichnet.

Für Frauen gebe es keine vernünftige Alternative zur *ökonomischen Sicherung durch Erwerbsarbeit*, und zwar aus zwei Gründen: wegen der Brüchigkeit der Paarbeziehungen, aber auch wegen der beruflichen und Arbeitsplatz-Risiken für „Familienernährer“. Eine Soziologin warnte davor zu meinen, eine Ehe mit Kindern sei immer gut, und eine alleinerziehende Mutter – und um Frauen handelt es sich in der allermeisten Fällen dabei – mit Kindern sei immer problematisch: Alleinerziehende seien so normal und so problematisch wie auch andere Familien. In einer Erklärung setzten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Kongresses für eine *Korrektur der geltenden Leitbilder für Familie* ein. Die tatsächlich vorhandenen Lebensformen von Menschen müßten wahrgenommen und als „gleichwertig“ anerkannt werden. Ein sozialpolitischer Ausgleich für die besonderen Belastungen von Lebensgemeinschaften mit Kindern wird ausdrücklich „unabhängig von der Familienform und vom Familienstand“ gefordert. Außerdem werden Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit angemahnt.

Die katholische Kirche wird in der Erklärung aufgefordert, ihre „Fixierung auf ein bestimmtes Familien- und Frauenleitbild“ aufzugeben. Eine Referentin wies darauf hin, daß viele Verhaltensentscheidungen auf diesem Gebiet – entgegen der Vorstellung, wie sie gerade im kirchlichen Raum verbreitet ist – „eher von den jeweiligen sozialen und ökonomischen Bedingungen herrühren, denn von einer Ablehnung traditioneller Werte und Moral“. Die sozialpolitischen Reformanliegen, die sich aus einer solchen Sicht ergeben, sind weithin *nicht neu*: Gefordert wurde ein kinderorientierter Familienlastenausgleich anstelle des geltenen Ehegattensplittings, die Zahlung eines

angemessenen Erziehungsgehalts anstelle des heutigen Erziehungsgeldes sowie der Aufbau von sowohl bedarfsgerechten wie bezahlbaren Kinderbetreuungsangeboten, schließlich Maßnahmen, die die Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit erhöhen: familiengerechtere, flexible Arbeitszeiten, Qualifizierungsangebote während der Familienphase sowie Förderung des Wiedereinstiegs ins Erwerbsleben.

Nicht als sei man kirchlicherseits nicht auch für eine Verbesserung der Lebenssituation von Alleinerziehenden. Nur haben es manche dieser Forderungen immer noch schwer, Gehör zu finden, da befürchtet wird, der soziale Wandel in eine als problematisch angesehene Richtung werde dadurch zusätzlich gefördert. Wer sich für eine Verbesserung der Rechtsstellung nichtehelicher Kinder einsetzt, muß sich mitunter gegen den Verdacht zur Wehr setzen, er werte die nichtehelichen Lebensgemeinschaften unangemessen auf. Wer den nichtehelichen Lebensgemeinschaften wenigstens ein Mindestmaß an rechtlichem Schutz zubilligen will, muß sich den Vorwurf gefallen lassen, er schade zusätzlich der formell geschlossenen Ehe.

Die Angst vor einer unerwünschten Aufwertung von Lebensformen verhindert so, daß man die faktisch vorhandenen Lebensformen als solche wirklich zur Kenntnis nimmt. Ob diese Lebensformen durch ein entsprechendes Umdenken in einem konfessionellen Milieu tatsächlich zusätzlich legitimiert würden, ist zumindest fraglich. Der Tendenz nach lösen sich Entscheidungen dieser Art aus konfessionellen Vorprägungen. Vor allem dürfte es in Zukunft zunehmend schwierig werden, familienpolitische Vorstellungen vornehmlich von einem bestimmen, normativ verstandenen Leitbild her zu entwickeln; die Lebenswirklichkeit ist nun einmal sehr viel individualisierter und daher vielfältiger. Nicht nur angesichts des Internationalen Jahrs der Familie wäre es an der Zeit, innerkirchliche Klärungsprozesse in dieser Hinsicht voranzutreiben. nt